Beratungsvorlage VTS/070/2011

Amt: Haupt- und Personalamt

Beratungsfolge	Sitzung am	Status	Ergebnis
Ausschuss für Verwaltung, Tourismus und Soziales	13.09.2011	Ö - Beschlussfassung	

Antrag CDU-Fraktion: E-Bikes für Dienstfahrten der Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss entspricht dem Antrag. Die Verwaltung wird die notwendigen Schritte einleiten, um die Voraussetzungen für die kostenlose Bereitstellung der E-Bikes durch die AOK zu erfüllen.

Finanzielle Auswirkungen: Ja Nein

Gesamtkosten: Euro

Finanzierung:

Verwaltungshaushalt 2011
Haushaltsstelle: Euro

Vermögenshaushalt 2011
Haushaltsstelle: Euro

Stadt Freudenstadt
Amt: Haupt- und Personalamt

Beratungsvorlage VTS/070/2011

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, dass die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung nach Möglichkeit für dienstliche Termine innerhalb Freudenstadts statt dem PKW E-Bikes nutzen. Voraussetzung für die kostenlose Bereitstellung der E-Bikes durch die AOK ist, dass sich einige Rathausmitarbeiter/innen über einen bestimmten Zeitraum bereit sind, mit dem Rad statt mit dem PKW zur Arbeit zu fahren (siehe Anlage).

Nach Rücksprache mit Herrn Kratzke, Geschäftsführer der AOK-Nordschwarzwald, geht es der AOK mit der Aktion um die Förderung der Gesundheit von Arbeitnehmern. Die genauen Voraussetzungen für die Bereitstellung der E-Bikes werden nach der Beschlussfassung im Ausschuss festgelegt. Herr Kratzke kann sich vorstellen, dass sich bis zu 20 Mitarbeiter/innen über 4 Wochen verpflichten, mit dem Fahrrad statt mit dem PKW zur Arbeit zu fahren. Die kostenlosen E-Bikes der AOK sind die „Belohnung“ für das Engagement und sollen den Mitarbeitern/innen ermöglichen, dass sie auch während der Arbeit etwas für ihre Gesundheit tun.

Die kostenlose Bereitstellung der E-Bikes ist auf 12 Monate begrenzt. D.h. die AOK übernimmt für die Zeit die Mietkosten für die Räder. Danach entscheidet die Stadtverwaltung, ob sie die Räder zum weiteren Einsatz als „Dienstfahrzeuge“ auf ihre Kosten übernimmt oder den Vertrag auslaufen lässt.

Anlagen:

Antrag der CDU